

Vorwort

Im Dezember 1996 schien Südkorea am Ziel seiner Wünsche angekommen zu sein: Mit der offiziellen Aufnahme in die OECD, den „Klub der reichen Nationen“, erfuhr das 46 Millionen Einwohner zählende Land die Anerkennung, auf die Staat und Unternehmen in den letzten rund 35 Jahren hingearbeitet hatten. Im Frühjahr 1997 nahm dann der Internationale Währungsfonds (IWF) die Republik Korea im Rahmen einer Reklassifizierung in die Kategorie der fortgeschrittenen Wirtschaften (*advanced economies*) mit auf.

Bis dahin hätte niemand erwartet, daß ausgerechnet dieses Jahr zum „annus horribilis“ für die südkoreanische Wirtschaft werden würde. Der Zusammenbruch zweier, unter massiven Schuldenlasten ächzender Stahlunternehmen im ersten Quartal 1997 läutete jedoch bereits das ein, was als große Finanz- und Wirtschaftskrise in die Annalen der südkoreanischen und asiatischen Wirtschaftsgeschichte eingehen sollte. Anfang Dezember mußte der IWF für das Land ein finanzielles Rettungspaket in Höhe von über 58 Mrd. US\$ schnüren. Eine Ende desselben Monats ausgehandelte rasche Freigabe von Überbrückungskrediten durch den IWF sorgte dafür, daß eine Zahlungsunfähigkeit Seouls im letzten Moment abgewendet werden konnte. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise sollten allerdings erst 1998 in voller Stärke zu spüren sein. Auch dem letzten Beobachter wurde damit klar, daß selbst im Land der Morgenfrische die Bäume nicht unendlich in den Himmel wachsen.

Unübersehbar ist, daß das bis dato so erfolgreiche südkoreanische Modell des „Entwicklungsstaates“ (*developmental state*) an seine Grenzen gestoßen ist. Im Rahmen dieses Modells versorgte der Staat als langjähriger Koordinator und Wegbereiter der Wirtschaft die großen Unternehmenskonglomerate, die *chaebôl*, mit einem stetigen Fluß an Krediten, um die Entwicklung ausgewählter Industriezweige voranzubringen. Die Banken des Landes wurden dabei als zentrale industriepolitische Instrumente eingesetzt, was zwar eine rasche und koordinierte Kapitalakkumulation ermöglichte, aber auch zu strukturellen Problemen des Finanzsektors in Südkorea führte. Die *chaebôl* gewöhnten sich zudem daran, zur Finanzierung ihrer expandierenden Geschäftsaktivitäten anstelle von Erträgen und eines gesunden Cashflow immer neue Kredite einzusetzen. Dies führte zu prekären Schulden-Einlagen-Quoten, die nur durch eine konstante Ausweitung von Produktion und Exporten zu halten waren. Bis zur jüngsten Krise konnten die Unternehmensgruppen zudem darauf setzen, daß der Staat als Bürge in letzter Instanz für sie da sein und ihnen ihre Größe die beste Bestandsgarantie bieten würde. Um sich den guten Willen der Regierung zu erhalten, flossen von den *chaebôl* kontinuierlich umfangreiche Spenden an die politischen Führer Südkoreas.

Wird die jüngste Krise nun zu einem umfassenden Strukturwandel in der südkoreanischen Wirtschaft und in den Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen führen? Ginge es alleine nach dem Wortlaut der zwischen dem IWF und der Regie-

rung in Seoul ausgehandelten Reformmaßnahmen müßte die Antwort „ja“ lauten. Neben makroökonomischen Zielvorgaben umfassen die beiden Memoranden vom Dezember 1997 und Januar 1998 über Südkoreas neues Wirtschaftsprogramm Maßnahmen für eine umfassende Deregulierung und Öffnung des südkoreanischen Finanzsektors, für eine Umstrukturierung und größere Transparenz der Unternehmen des Landes sowie für eine Reform der Arbeitsbeziehungen mit dem Ziel der Flexibilisierung der bisherigen rigiden Strukturen. Die Reformen in den beiden erstgenannten Bereichen könnten zu einer Befreiung des Finanzsektors von staatlicher Bevormundung und Kontrolle führen und die *chaebôl* dazu zwingen, Investitionsentscheidungen künftig auf der Basis von Ertragsaussichten statt Marktanteilen zu fällen. Eine weitere Öffnung von Aktien- und Anleihemärkten für ausländische Investoren soll Wettbewerb induzieren und die Betonung sauberer Kreditanalysen fördern.

Die entscheidende Frage ist aber, was von diesen Maßnahmen wirklich umgesetzt werden kann. Der Widerstand gegen die umfassenden, einschneidenden und teilweise recht schmerzhaften Reformmaßnahmen kommt von verschiedenen Seiten: von Unternehmenskonglomeraten mit einem Widerwillen gegen die Umstrukturierung, von Teilen der Ministerialbürokratie, die darauf bedacht sind, ihre Möglichkeiten zur Einflußnahme zu verteidigen, von militanten Gewerkschaften, die sich gegen Entlassungen wehren, von Bankern, die befürchten, daß der Zusammenbruch angeschlagener Unternehmen auch ihre Institute in den Abgrund ziehen könnte, von einer großen, nur begrenzt kooperationsbereiten Oppositionspartei, die (noch) über die Mehrheit im Parlament verfügt, und von einer Bevölkerung, die mißtrauisch ist gegenüber Marktreformen, welche die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrößern könnten. Bei allem Reformelan von Staatspräsident Kim Dae-jung, der im Februar 1998 sein schweres Amt antrat, bleibt daher nicht nur die Frage, wie schnell sich der verwundete Tiger Südkorea wieder aufrappeln kann, sondern auch, ob er willens und in der Lage ist, die Farbe seiner Streifen zu verändern.

Seit längerer Zeit muß demgegenüber das Wirtschaftsmodell Nordkoreas als gescheitert angesehen werden. Trotz der propagierten Unabhängigkeit auf der Basis der *juch'e*-Ideologie ist seit Jahren die starke wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland unübersehbar: Mit dem Einsetzen der Nahrungsmittelkrise 1995 - ursprünglich verursacht durch den Verlust von Inputs aufgrund des Zusammenbruches des Kommunismus anderswo und verschlimmert durch eine Serie von Naturkatastrophen sowie eine verfehlte Landwirtschaftspolitik - hat dabei zuletzt der Barter-Handel an der sino-koreanischen Grenze an Bedeutung gewonnen. Nichtsdestotrotz ist auch das Jahr 1997 wieder durch einen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß gekennzeichnet gewesen.

Vorsichtig optimistisch kann argumentiert werden, daß Südkoreas Finanz- und Wirtschaftskrise die Rahmenbedingungen für die innerkoreanischen Beziehungen eher verbessert hat. So bedeutet die Krise, daß zur Zeit keine Wahl mehr zwischen einer „Austrocknungspolitik“ oder einer „Annäherungspolitik“ gegenüber dem Norden besteht; Südkorea ist gegenwärtig einfach nicht in der Lage, eine wirtschaftliche Absorption Nordkoreas zu finanzieren. Auch die Atmosphäre in innerkoreanischen

Verhandlungen hat durch die Krise ein neues Element erhalten, da die Vertreter Südkoreas keinen Grund mehr für uneingeschränkten Hochmut angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Nordens haben, während die Vertreter Nordkoreas weniger eingeschüchtert von der bisher makellosen Wachstumsbilanz des Südens sein dürften.

Vielleicht noch wichtiger für den innerkoreanischen Dialog sind die neuen personellen Weichenstellungen an der Spitze der beiden Korea. Mehr als drei Jahre nach dem Tod von Kim Il-sung übernahm sein Sohn Kim Jong-il Anfang Oktober 1997 schließlich auch den Posten des Generalsekretärs der Partei der Arbeit Nordkoreas und signalisierte damit nach außen und innen, daß er fest im Sattel sitzt. Die Übernahme des weiterhin vakanten Amtes des Staatspräsidenten dürfte in der nächsten Zeit erfolgen. Zur Sicherung weiterer wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe durch den Süden könnte Kim junior an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Pyongyang und Seoul Interesse zeigen, solange diese nicht die Souveränität Nordkoreas untergraben.

An einen ernsthaften Dialog mit dem Süden war aus Sicht des Nordens während der Präsidentschaft von Kim Young-sam nicht mehr zu denken, da sich dieser geweigert hatte, zum Tode von Kim Il-sung zu kondolieren. Insofern besteht durch die Wahl von Kim Dae-jung zum neuen Präsidenten Südkoreas zumindest der Hauch einer Chance für ein entkrampfteres Verhältnis zwischen den beiden entfremdeten Brüdern. Kim, der erste Oppositionspolitiker im Präsidentenpalast, hat im Rahmen seiner sogenannten „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Pyongyang jedenfalls die notwendigen Schritte unternommen. Der Ball liegt nun im Feld der Nordkoreaner.

Korea 1998 - Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bietet auch im dritten Jahr seines Erscheinens wieder Übersichtsartikel zu den Geschehnissen des Jahres 1997 in Süd- und Nordkorea sowie eine Reihe speziellerer Artikel zu verschiedenen Aspekten der koreanischen Halbinsel und ihrer Außenbeziehungen. Den Auftakt macht *Patrick Köllner*, wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde (IfA), mit einer umfassenderen und seit längerer Zeit überfälligen Darstellung der deutsch-koreanischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dabei werden sowohl die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Beziehungen zwischen Südkorea und der Bundesrepublik als auch die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea beleuchtet. Einen faszinierenden Einblick in die Wirtschaftsgeographie des vereinigten Koreas bietet der nachfolgende Beitrag von *Eckart Dege*, Professor für Geographie an der Universität Kiel. Den Abschluß des Abschnitts mit Artikeln zur gesamten koreanischen Halbinsel bildet ein Beitrag von *Doo-Soon Ahn*, Professor für Volkswirtschaft an der Seoul City University, der sich eingehend mit dem aus der jüngeren deutschen Geschichte bekannten Problem der Landpolitik nach der Vereinigung auseinandersetzt.

Einen gewissen Schwerpunkt des diesjährigen Korea-Jahrbuches bilden die Themen Innenpolitik und Binnenwirtschaft Südkoreas. Einleitend fügt dabei *Manfred Pohl*, Professor für Staat und Gesellschaft Japans an der Universität Hamburg, die innenpolitischen Ereignisse des Berichtszeitraumes in bewährter Manier zu einem

Gesamtbild zusammen. *Rainer Dormels*, an der Ruhr-Universität Bochum tätiger Koreanist, analysiert im Anschluß das erste Kabinett des neuen Staatspräsidenten Kim Dae-jung. Hilfreiche Darstellungen zweier gesellschaftlicher Akteure, die in Deutschland und darüber hinaus bisher unbeleuchtet geblieben sind, liefern die beiden folgenden Artikel. *Peter Mayer*, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul, zeichnet im Zusammenhang mit der jüngsten Wirtschaftskrise und den damit verbundenen sozialpolitischen Herausforderungen ein Bild von den südkoreanischen Gewerkschaften. *Andreas Künne*, Pressereferent an der Deutschen Botschaft in Seoul, steuert einen wertvollen Einblick in die Medienlandschaft Südkoreas bei.

Bereits zum dritten Mal gibt *Guido Kemmerling*, bis Ende März 1998 politischer Referent am selben Ort, einen Überblick über die Schwerpunkte und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 1997/98. *Rainer Henseleit*, Repräsentant der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Seoul, leistet Gleiches im Hinblick auf ein für die südkoreanische Wirtschaft wahrlich ereignisreiches Jahr. Bezug zur Finanz- und Wirtschaftskrise weisen auch die beiden folgenden Beiträge auf. Dabei liefert *Rüdiger Frank*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Koreanistik der Humboldt-Universität zu Berlin, einen umfassenden Überblick über die Herkunft, Struktur und Probleme der großen Unternehmenskonglomerate des Landes, der *chaeból*. Die strukturellen Probleme der südkoreanischen Banken, auch im Vergleich zu den vor Ort tätigen ausländischen Banken, werden in dem anschließenden Artikel von *Ralf Müller*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung Halle, analysiert.

In einem weiteren Beitrag von *Manfred Pohl* versucht der Autor, Licht auf Politik und Wirtschaft während des Berichtszeitraums in Nordkorea zu werfen. *Thomas Heberer*, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg, zeichnet zum Abschluß ein Bild von den jüngsten politischen wie sozioökonomischen Entwicklungen in Nordkorea und diskutiert die weiteren Perspektiven des Landes. Redaktionell und hinsichtlich der Textverarbeitung wurde dieses Jahrbuch wiederum von *Vera Rathje* bzw. *Siegrid Woelk* betreut, denen der besondere Dank des Herausgebers gilt.

Hamburg, im Juni 1998

Patrick Köllner